

NACHRICHTEN

SCHWEINEPEST

Sachsen weitet Gefahrenzone aus

ROTHENBURG/DRESDEN – Nach zwei neuen Fällen der Afrikanischen Schweinepest (ASP) soll das bisherige Gefährdungsgebiet in Ostsachsen erweitert werden. Der Krisenstab werde am Dienstag tagen, mit neuen Allgemeinverfügungen sei Mitte der Woche zu rechnen, sagte ein Sprecher des Gesundheitsministeriums. Derweil liefen am Wochenende die Vorbereitungen dafür, einen mobilen Elektrozaun um den neuen Ausbruchsort zu errichten. „Das wird zeitnah passieren.“ Am Freitag hatte das Ministerium über zwei neue Fälle der hochansteckenden Tierseuche im Landkreis Görlitz informiert. Seit Ende Oktober, als erstmals eine solche Infektion in Sachsen nachgewiesen wurde, stieg die Zahl der Fälle im Freistaat damit auf 19. Darunter ist nun auch ein Wildschwein, das außerhalb des bisher festgelegten Gefährdungsgebietes in der Nähe von Rothenburg tot aufgefunden wurde. | dpa

FRUCHTHANDEL

Versorgungspass bei Importware droht

BONN – Der Deutsche Fruchthandelsverband sieht die Versorgung mit Obst und Gemüse aus dem Ausland gefährdet. Grund sei die Verschärfung der Corona-Einreise-Verordnung durch die Bundesregierung, teilte der Verband am Sonntag mit. Innerhalb von wenigen Stunden seien die Einreisebedingungen auch für die Fahrer von Lebensmitteltransporten so verschärft worden, dass es kaum noch möglich sei, Obst und Gemüse etwa aus Spanien nach Deutschland zu importieren. Verbandsgeschäftsführer Andreas Brügger sagte, die Fahrer aus den festgelegten Hochrisikogebieten wie Portugal und Spanien müssten seit Sonntag bei Grenzübertritt einen negativen PCR-Test vorlegen, der nicht älter als 72 Stunden sei. In der Praxis sei das kaum machbar. Gemeinsam mit anderen Verbänden habe man die Bundesregierung frühzeitig auf die möglichen Konsequenzen hingewiesen, „leider ohne Ergebnis“. | dpa

E-Auto-Boom: Wie das Ladennetz Schritt halten soll

Wenn zu viele E-Autos gleichzeitig Strom zapfen, droht wegen Überlastung ein Blackout. Forscher haben jetzt aber in Chemnitz ein System entwickelt, das das verhindert.

VON JÜRGEN BECKER

CHEMNITZ – Experten erwarten einen E-Auto-Boom. So rechnet der Präsident des Importeur-Verbandes damit, dass schon dieses Jahr zwischen 500.000 und 600.000 Fahrzeuge mit Elektro-, Plug-in-Hybrid- oder Brennstoffzellenantrieb neu zugelassen werden könnten. Das wäre dann etwa jeder fünfte oder sechste Neuwagen. Ziel der Bundesregierung sind zehn Millionen E-Autos bis 2030.

Doch für derartig viele Elektroautos ist das deutsche Stromnetz nicht ausgelegt, wenn alle gleichzeitig Strom zapfen würden. Es würde wegen Überlastung zusammenbrechen. Dabei sind sich Experten sicher, dass E-Autos künftig vor allem privat nach Feierabend in der Garage geladen werden. Seit kurzem fördert die Kreditanstalt für Wiederaufbau auch den Einbau privater Ladestationen mit bis zu 900 Euro. Laut Bundesverkehrsministerium sind schon Zehntausende Zuschüsse beantragt worden.

Deshalb hat der IT-Dienstleister GISA jetzt gemeinsam mit Audi und weiteren Partnern in Chemnitz ein Lademanagementsystem entwickelt, durch das eine Netzüberlastung vermieden werden soll. Das Szenario bei diesem Forschungsprojekt: In einem Straßenzug, der von einem Ortsnetz-Transformator versorgt wird, laden mehrere Elektroautos gleichzeitig mit hoher Leistung. Da E-Auto und Netzbetreiber aber miteinander kommunizieren können, kann der Ladevorgang gezielt gesteuert werden. In der Praxis bedeutet das zum Beispiel, dass die E-Autos in einem Straßenzug nur



Werden zu viele E-Autos gleichzeitig geladen, droht eine Überlastung des Stromnetzes.

FOTO: CARSTEN REHDER/DPA

zeitversetzt Strom zapfen können. Die Batterie muss ja erst bis zum gewünschten Abfahrtszeitpunkt wieder voll sein. Das heißt, die Geschwindigkeit, mit der geladen wird, passt sich dynamisch an die tatsächliche Last im Netz an, sodass es zu keiner Überlastung und keinem Blackout kommt.

Eine zentrale Komponente bei der Steuerung der Stromzufuhr ist

dabei ein Smartmeter Gateway (SMGW) – ein Gerät, das schon heute Pflicht ist, wenn der Stromverbrauch des Haushalts im Jahr mehr als 6000 Kilowattstunden beträgt. Dieses SMGW stellt eine hochsichere Datenverbindung zwischen Haus und Netzbetreiber her und leitet alle notwendigen Informationen und Steuersignale zielgerichtet weiter – entweder zum Heimenergie-Managementssystem oder direkt zum Ladesystem Connect, das Audi optional anbietet. So kann die Ladeleistung des Audi E-Tron oder Audi E-Tron Sportback je nach Bedarf verringert werden – eine Fähigkeit, die Audi auch seinen künftigen Elektroautos mitgeben will.

Mittelfristig soll es diese neue Vernetzungstechnik ermöglichen, die Ladeleistung, der Ladezeitpunkt und die Ladedauer für jedes E-Auto zu steuern. Noch dürfen die Netzbetreiber aber nicht auf die E-Ladepunkte zugreifen. Das Bundeswirtschaftsministerium will nach eigenen Angaben allerdings schon bald einen entsprechenden Gesetzentwurf vorlegen. „Nur mit intelligenter Vernetzung und Kommunikation zwischen allen Akteuren des Energiesystems kann die Versorgungssicherheit gewährleistet bleiben“, teilt dazu eine Ministeriumssprecherin auf Anfrage mit. Millionen neuer Erzeuger und Verbraucher intelligent zu steuern und die Stabilität der Netze zu sichern, sei eine sehr komplexe Aufgabe. „Wir sind jetzt im Austausch mit den relevanten Akteuren.“

Mittelfristig soll es diese neue Vernetzungstechnik ermöglichen, die Ladeleistung, der Ladezeitpunkt und die Ladedauer für jedes E-Auto zu steuern. Noch dürfen die Netzbetreiber aber nicht auf die E-Ladepunkte zugreifen. Das Bundeswirtschaftsministerium will nach eigenen Angaben allerdings schon bald einen entsprechenden Gesetzentwurf vorlegen. „Nur mit intelligenter Vernetzung und Kommunikation zwischen allen Akteuren des Energiesystems kann die Versorgungssicherheit gewährleistet bleiben“, teilt dazu eine Ministeriumssprecherin auf Anfrage mit. Millionen neuer Erzeuger und Verbraucher intelligent zu steuern und die Stabilität der Netze zu sichern, sei eine sehr komplexe Aufgabe. „Wir sind jetzt im Austausch mit den relevanten Akteuren.“



Sie sieht das Lademanagementsystem aus, das Blackouts beim zeitgleichen Laden vieler E-Autos verhindern kann.

FOTO: GISA GMBH

Tesla-Modelle: Behörde prüft Bildschirme

Verfahren gegen US-Autobauer eingeleitet

BERLIN – Probleme mit dem zentralen Eingabe-Bildschirm in Tesla-Autos haben das Kraftfahrt-Bundesamt (KBA) auf den Plan gerufen. Die Behörde hat nach Informationen der „Bild am Sonntag“ ein Verfahren gegen den Elektroautobauer eingeleitet. Das KBA habe den US-Konzern aufgefordert, der Behörde Informationen über mögliche Sicherheitsrisiken des berührungsempfindlichen Bildschirms in der Mittelkonsole von verschiedenen Modellreihen zu geben. Die US-Verkehrsbehörde NHTSA hatte Tesla Mitte Januar wegen dieser Sicherheitsrisiken zu einem Rückruf aufgefordert. Betroffen sind rund 158.000 von Teslas älteren Modellen S und X mit Baujahren von 2012 bis 2018.

Konkret geht es demnach um Speicherplatzprobleme bei bestimmten Chips, die zu Ausfällen des Touchscreen-Bildschirms führen können, über den diverse Fahrzeugfunktionen bedient werden. Die US-Behörde warnte vor Beeinträchtigungen der Rückfahrkamera oder des Fahrerassistenzprogramms. Ein KBA-Sprecher sagte: „Das Bundesamt ist über den Sachverhalt informiert, es steht mit der NHTSA in Kontakt und hat seinerseits die Prüfung eingeleitet. Das Ergebnis der Prüfung steht noch aus.“ Ungeklärt blieb, wie viele Autos hierzulande betroffen sein könnten. Anfragen beim KBA und bei Tesla blieben zunächst unbeantwortet. | dpa

AIRBUS

Quarantäne für rund 500 Mitarbeiter

HAMBURG – Beim Flugzeughersteller Airbus in Hamburg hat es einen Corona-Ausbruch gegeben. 21 Mitarbeiter seien positiv getestet worden, erklärte die dortige Gesundheitsbehörde. Für rund 500 Mitarbeiter wurde Quarantäne angeordnet. Die Ursache der Fälle werde noch untersucht, teilte Airbus mit. | dpa

ANZEIGE



SACHSENS UNTERNEHMER DES JAHRES

1. Platz »Sachsens Unternehmer des Jahres 2019«
Dr. Holger Födisch – Dr. Födisch Umweltmesstechnik AG

»Unsere innovativen Messgeräte tragen durch ihren Einsatz zur Überwachung von Emissionen indirekt zum Klimaschutz bei. Unternehmerisches, soziales und kulturelles Engagement haben die Dr. Födisch Umweltmesstechnik AG zu einem weltweit bekannten, erfolgreichen und zukunftsweisenden Unternehmen gemacht. Die Auszeichnung ist Anreiz für mutige unternehmerische Aktivitäten in Sachsen.«

WER IST IHR UNTERNEHMER DES JAHRES?

2020 war eine Herausforderung für die Wirtschaft. Mit dem Preis »Sachsens Unternehmer des Jahres« wollen wir die Erfolge unternehmerischen Handelns gerade in diesen außergewöhnlichen Zeiten hervorheben und würdigen. Machen Sie mit! Nominieren Sie Ihre Unternehmerin oder Ihren Unternehmer des Jahres oder bewerben Sie sich selbst!

BEWERBUNGSSCHLUSS IST DER 5. FEBRUAR 2021

WWW.UNTERNEHMERPREIS.DE

EINE INITIATIVE VON:

Freie Presse

SZ SACHSISCHE ZEITUNG

LEIPZIGER VOLKSZEITUNG

MDR SACHSEN

Volkswagen Sachsen

LB BW

KPMG

AOK PLUS

Verdi fordert Erhalt von Callcenter in Chemnitz

Der Betreiber Majorel will den Standort zum Jahresende aus Kostengründen schließen. Dagegen formiert sich nun Widerstand. Die Branche an sich boomt seit einigen Jahren.

VON JAN-DIRK FRANKE

CHEMNITZ/BERLIN – Bei dem Chemnitzer Standort des Callcenter-Betreibers Majorel formiert sich offenbar Widerstand in der Belegschaft gegen die Entscheidung des Konzerns, die Niederlassung mit rund 400 Beschäftigten zum Jahresende zu schließen. Wie Verdi-Gewerkschaftssekretär Enrico Zemke auf Anfrage sagte, würden in den nächsten Tagen mehrere Betriebsversammlungen stattfinden, um die Lage zu bewerten. „Wir gehen davon aus, dass die Mitarbeiter bereit sind, für ihre Arbeitsplätze zu kämpfen“, meinte Zemke. Es gebe zudem erste Gespräche zwischen Betriebsrat und Geschäftsleitung, aber noch keine Verhandlungen zu einem Interessenausgleich.

Das Kundenservice-Unternehmen hatte Mitte November 2020 erklärt, die Schließung zum 31. Dezember 2021 sei beschlossene Sache. Als Grund wurde fehlende Wirtschaftlichkeit genannt. Neben

Chemnitz sollen auch die Standorte Stralsund, Neubrandenburg und Schwerin (alle Mecklenburg-Vorpommern) dicht gemacht werden. Insgesamt geht es um mehr als 1400 Arbeitsplätze. Es sei aufgrund der Kosten und der Auftraggeberstruktur dort nicht möglich, profitabel zu arbeiten, hieß es. Das Management sehe keine Möglichkeit mehr, die Verlustzone zu verlassen und daher auch keine Grundlage für eine Fortführung der Geschäftsaktivitäten.

Die Gewerkschaft warf dem Konzern hingegen Missmanagement vor. Das Unternehmen habe mit einem Preiskampf vor Jahren Wettbewerber unter Druck gesetzt und sei nun selbst vom eigenen Vorgehen betroffen, weil es die Preise nicht mehr halten könne, so Zemke. Ob die Zahlen nun wirklich schlecht seien am Standort Chemnitz, könne man glauben oder nicht. „Mit dem Finger auf die Beschäftigten zu zeigen, ist aber auf jeden Fall der falsche Weg.“

Majorel war im Jahr 2019 durch die Zusammenführung der Callcenter-Aktivitäten der Bertelsmann-Tochter Arvato und des marokkanischen Callcenter-Betreibers Saham entstanden und zählt mit rund 55.000 Mitarbeitern in 29 Ländern zu den Großen der Branche. In Deutschland betreibt Majorel derzeit 25 Standorte.

Die Callcenter-Branche insgesamt ist in den letzten Jahren in Deutschland deutlich gewachsen.

Wie aus einer Antwort des Bundeswirtschaftsministeriums auf eine Anfrage der Linken hervorgeht, hat sich die Zahl der Beschäftigten seit dem Jahr 2006 (rund 69.000) bis zum Jahr 2019 (140.000) mehr als verdoppelt. Der Umsatz stieg in dem Zeitraum von insgesamt 3,3 auf 8,5 Milliarden Euro. Zugleich gab es jedoch einen rasanten Konzentrationsprozess. Umfasste die Branche vor fünf Jahren noch 2432 Unternehmen, so waren es wenige Jahre später nur noch 1534. Die sechs größten Firmen konnten dabei ihren prozentualen Anteil am Branchenumsatz von 33,6 auf rund 42 Prozent steigern. Eine Rangliste der 20 größten Unternehmen konnte das Ministerium nicht vorlegen.

Mit Blick auf diese Zahlen beklagte die Zwickauer Bundestagsabgeordnete Sabine Zimmermann (Linke), dass die großen Unternehmen zwar wachsen, aber die Beschäftigten das Nachsehen hätten: „Von dem Boom auf dem Callcenter-Markt kommt bei den Beschäftigten kaum etwas an“, sagte die Arbeitsmarktexpertin ihrer Fraktion der „Freien Presse“. 62 Prozent der Beschäftigten arbeiteten zum Niedriglohn, also für weniger als 2267 Euro. Und obwohl die Umsätze „nur so explodierten“, würden Standorte geschlossen und dann andernorts wieder neue Standorte eröffnet, teils mit staatlichen Geldern gefördert. Das sorge für zusätzlichen Druck auf die Beschäftigten, so Zimmermann.

4115015-10-1